

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Donnerstag, den 3. März 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Ueber neue Kämpfe vor Port Arthur läßt sich der Londoner „Daily Telegraph“ aus Sankau melden: Montag früh erschienen fünfzehn japanische Kriegsschiffe vor Port Arthur und eröffneten ein heftiges Feuer. Die Kreuzer „Mowit“, „Aschold“ und „Bajan“ liefen mit vier Torpedobooten aus dem Hafen aus, um die Japaner anzugreifen, wurden aber gezwungen, sich zurückzuziehen. Der Kreuzer „Aschold“ zog sich in sinkendem Zustande zurück; der „Mowit“ wurde schwer beschädigt; ein Torpedoboot ist gesunken. Auch der „Retwisan“ hat wieder Beschädigungen erlitten. Nachdem das Feuer zwei Stunden gedauert hatte, zog sich die japanische Flotte in voller Ordnung zurück. Von russischer Seite liegt noch keine Meldung über den vom „Daily Telegraph“ berichteten Kampf vor Port Arthur vor. Dieser Umstand würde allerdings nichts gegen die Richtigkeit der Mitteilung des Londoner Blattes beweisen, da es sich sehr wohl denken läßt, daß die russische Regierung den Kampf wegen seines ungünstigen Ausganges verschweigt; trotzdem erscheint es merkwürdig, daß noch keines der übrigen Londoner Blätter von dem neuen Kampfe bei Port Arthur Kenntnis erhalten haben sollte.

Wie der „russ. Telegraphen-Agentur“ aus Siaoang gemeldet wird, ist in den Operationen der Japaner ein Stillstand eingetreten. Nach der Besetzung von Schiojan in Korea besetzten sie die Stadtmauern. Eine Abteilung Russen steht in der Umgegend von Schiojan. Die Koreaner melden ungenügend die Bewegungen der Japaner. Die Chinesen verstärken ihre Truppen am Siaoang. 10 000 Mann des Generals Juanschikai stehen bei Sunpinfu, 15 000 unter General Ma um Widschu. In der Provinz Tschili treffen neue Truppen ein. Aus Tokio wird der „Agence Havas“ berichtet: Die Regimenter der Garde-Division und der japanische Generalstab haben sich mit der Bestimmung nach der Westküste von Korea eingeschifft; voraussichtlich lande der Generalstab in Tschemulpo.

Hochgestellte russische amtliche Personen bestätigten dem Petersburger Korrespondenten der „Köln. Ztg.“, daß die russischen Truppen bei den Fußmärschen über den Baikalsee mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Gegenwärtig herrschen bei 40 Grad C. Schneestürme, von deren Gewalt man in Europa keine Vorstellung habe. Der Weitermarsch würde dadurch lange Zeit unterbrochen. Bisher seien über 1000 Mann infolge erkrankter Glieder kampfunfähig gemacht. Für solche außergewöhnlichen Verhältnisse reiche außerdem die Ernährung und Bekleidung nicht aus; gegenwärtig gerade seien solche unvorhergesehenen Naturereignisse von bedenklichen Folgen. Die sich plötzlich bildenden, oft 100 Meter langen Risse bringen für die Truppentransporte große Gefahren. Es ist bereits vorgekommen, daß ein ganzer Wagenzug plötzlich verschunden ist. Aber auch die japanischen Truppen scheinen schwer zu leiden. Wenigstens besagt eine Meldung der russenfreundlichen „Agence Havas“ aus Söul: „Die japanischen Truppen leiden unter dem Tauwetter und den Schwierigkeiten der Verpflegung. Es sind bereits zahlreiche Typhusfälle vorgekommen. Die Vorbereitungen für die Landung eines Infanteriekorps in Pjhoengiang und den benachbarten Häfen sind beendet.“

In Sascho sind Montag sieben verwundete japanische Maschinisten eingetroffen, die von den bei Port Arthur versenkten Schiffen gerettet wurden; sie sagen, daß die Schiffe infolge von Explosionen versenkt worden seien, die von den begleitenden Torpedobootzerstörern auf elektrischem Wege veranlaßt wurden.

Ueber das Eis des Baikalsees fuhr Dienstag Vormittag der erste, aus 25 Waggons bestehende russische Zug in Gegenwart des Eisenbahnministers Schilow. Infolge der feindseligen Haltung der Tschungusen und da die Haltung der Chinesen zu Befürchtungen Anlaß gibt, ordnete, wie aus Petersburg gemeldet wird, das russische Kriegsministerium an, daß in den Lagen der mandschurischen Eisenbahn alle Soldaten kampfbereit sein müssen.

Die deutsche Gesandtschaftswache in Söul ist zurückgezogen worden. Der „Standard“ meldet aus Schanghai vom 28. Februar, der deutsche Kreuzer „Thetis“ kam in Fungtau mit der deutschen Legationswache von Söul an. Dieser Schritt werde im Interesse der Neutralität für zweckmäßig erachtet. Der deutsche Vertreter in Korea erklärte, die Japaner handelten mit der größten Korrektheit in Söul und er halte sich ganz sicher unter ihrem Schutze.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbotes“

Berlin, den 1. März 1904.

Der Justizetat.

Der Reichstag begann am Dienstag die Generaldebatte über den Justizetat. Die Verhandlungen, die Herr Nieberding beständig ins Feld riefen, betrafen zunächst die Ueberlastung des Reichsgerichts, die Herr Spahn zur Sprache brachte. Herr Nieberding erklärte, daß noch in dieser Session eine Vorlage kommen werde, um die Ueberlastung der Zivilsenate zu beseitigen. An eine Minderung der Arbeitslast der Strafsenate werde man erst denken können, wenn die Strafprozessordnung reformiert sei. Diese Reform ist aber wieder geteilt an die Reform des Strafgesetzbuches, und hier schreiten die Arbeiten der geheimnisvollen Kommission, wie sie ein Zentrumsredner nannte, recht langsam vor sich. Herr Nieberding legte bei dieser Gelegenheit die übliche ministerielle Abneigung gegen die Öffentlichkeit an den Tag. Er erklärte die Geheimhaltung der Verhandlungen dieser Kommission damit, daß ihre Debatten nicht durch die Presse gezerzt werden sollen.

Für die Reform des Strafgesetzbuches trug Genosse Heine wertvolles Material herbei. Er wies auf das Maschinenmäßige der Rechtspflege hin und zeigte an einigen Beispielen, wie das Schicksal der Angeklagten davon abhängt, ob der Staatsanwalt die Maschine auf diesen oder jenen Paragraphen des Gesetzes einstellt. Gleichzeitig forderte er für das neue Strafgesetzbuch eine Einschränkung des freien Ermessens des Richters und eine genaue Umgrenzung der einzelnen Fälle, um so die jetzt herrschende Willkür auszuschalten. Der nationalliberale Landgerichtsdirektor Hagemann wünschte eine Ausdehnung des Mordbrandparagrafen, um den Sozialdemokraten das vortreffliche Material zu nehmen, das sie gegenwärtig aus den harten Strafen für leichte Diebstähle, wie das Entwenden von Holz im Walde, zögen. Der Staatssekretär wies diese Anregung jedoch zurück und bestritt das Bedürfnis nach einer solchen Aenderung. Während der freisinnige Abgeordnete Ablass unter Hinweis auf den Laurahütter Prozeß den Bruch des Berufsgeheimnisses der Ärzte verurteilte, kritisierte der polnische Rechtsanwält v. Chrzanowski die Handhabung der Strafprozessordnung und des Strafrechts gegen die Polen und holte sich für seine Schilderung dieses Teils der borusischen Antipolenpolitik einen Ordnungsruf des Präsidenten. Genosse Schöpplin brachte die bekannte Verhaftung des Retteurs der „Vepz. Volksztg.“ zur Sprache. Geheimrat Börner fand eine so merkwürdige Entschuldigungsmaßregel — so begründete er die Ablehnung der angebotenen Kautionsdamit, daß man nicht gemußt hätte, aus welchen Mitteln die Kautionsflöhe — daß auch der Zentrums-Abgeordnete Rirsch ihm beistimmen mußte, er sei von der Darlegung des sächsischen Regierungsvertreters durchaus nicht überzeugt worden und halte die Verhaftung des Retteurs nach wie vor für überflüssig. Zum Schluß wies der Abg. v. Gerlach auf das Bücklingsrecht hin, das im Widerspruch zum bürgerlichen Gesetzbuch von einzelnen Gerichten den Dienstherren gegenüber dem Gesinde und ländlichen Arbeitern zugebilligt wird. Herr Dr. Nieberding gab eine sehr gewundene Erklärung, aus der nur das Eine mit Sicherheit hervorging, daß er diesem Ueberreiß der mittelalterlichen Barbarei nicht den Garauß machen will. — Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

46. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Nieberding. Die zweite Beratung des Justizetats wird bei dem Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Dr. Spahn (Z.) führt Beschwerde über allzu große Ueberlastung der Richter am Reichsgericht, die die Rechtsprechung in hohem Maße verlangsamt. Die Revisionssumme sollte von 1500 auf 3000 M. erhöht werden. Die in der Presse angeregte Vermehrung der Senate würde die einheitliche Rechtsprechung beeinträchtigen. Der beste Vorschlag zur Entlastung des Reichsgerichts scheint mir die Zulassung der Vorprüfung über die Gültigkeit eines Revisionsantrages mit mündlicher Verhandlung zu sein. Möge der Staatssekretär dafür sorgen, daß wir nicht auseinandergehen, bevor in dieser Frage Abhilfe geschaffen ist. Nur, wenn man die Kräfte seiner Richter nicht übermäßig in Anspruch nimmt, kann das Reichsgericht seiner hohen Aufgaben im deutschen Rechtsleben gerecht werden. (Bravo! i. Zentr.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Schon bei Abschluß des Bürgerlichen Gesetzbuches beabsichtigten wir, der Ueberlastung des Reichsgerichts abzuhelfen, doch der Reichstag ist damals nicht darauf eingegangen. Inzwischen hat sich die öffentliche Meinung von dem Bestehen der Mißstände überzeugt, und ich bin daher in Uebereinstimmung mit der preussischen Justizverwaltung dem Gedanken einer Reform neuerdings nähergetreten. Bezüglich der Zivilrechtspflege am Reichsgericht kann ich in bestimmte Aussicht stellen, daß dem Reichstag noch in dieser Session eine Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichts zugehen wird.

Dr. Ablass (Fp.): Gegen die Erhöhung der Revi-

fionssumme bestehen große Bedenken. Die Reichsgerichtsentscheidungen sollten leichter zugänglich gemacht werden. Nieberding bringt zur Sprache, daß beim Laurahütter Landfriedensbruch-Prozeß Krankenjournalen von Ärzten der Angeklagten beschlagnahmt worden sind, um Belastungsmaterial zu schaffen. Das widerspricht aufs Schärfste dem Rechtsbewußtsein des Volkes, wonach die Ärzte das Berufsgeheimnis wahren sollen. Aufzeichnungen von Ärzten und Geistlichen über ihre Berufstätigkeit müssen vor der Beschlagnahme gesetzlich geschützt werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: In diesem letzteren Falle ist nach der Strafprozessordnung ein Eingreifen des Reichsjustizamts nicht möglich. Die Frage wird aber bei der Revision der Strafprozessordnung berücksichtigt werden.

Hagemann (N.): Der Diebstahl von Holz und anderem Feuerungsmaterial sollte ebenso milde bestraft werden wie die Wegnahme von Nahrungs- und Genussmitteln. In beiden Fällen handelt es sich um momentane Zwangslagen der Täter. Hier eingzugreifen wäre viel wichtiger, als beim Majestätsbeleidigungsparagrafen, der von der Sozialdemokratie nur agitatorisch ausgebeutet wird. (Bravo! h. d. Natlib.)

Heine (SD.): Das vor zwei Jahren erlassene Gesetz über die Befreiung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse ist durch die Auslegung des Reichsgerichts in seinen wesentlichen Wirkungen illusorisch gemacht. Damit sind die Befreiungen entzogen, die meine Partei schon früher lebhaft gedauert hat. Ein Hamburger Redakteur hatte mit der Presse hergestellte Hamburgische Lotterienprospekte nach Preußen verschickt. Nach unruher Anschauung, die damals Dr. Nieberding billigte, hätte nur in Hamburg Anklage erhoben werden dürfen. Für die preussischen Richter lag ein Dilemma vor, weil eben Preußen sich erlaubt hat, ein Preßdelikt unter Strafe zu stellen, obgleich das nach dem Reichspressgesetz nicht zulässig ist. Das Reichsgericht hätte also das preussische Gesetz für ungültig erklären müssen. Wichtig ist vor allem die Begründung. Diese führt zu Konsequenzen, wie wir sie seinerzeit befürchtet haben, indem sie bei allen Delikten, in denen zu der Begehungsstat noch ein weiteres hinzutritt; z. B. die Verbreitung, den fliegenden Gerichtsstand wieder einführt. Auf diese Weise würden Majestätsbeleidigungen und Religionsdelikte wieder unter den fliegenden Gerichtsstand fallen. Die Reichsregierung sollte diesen unhaltbaren Zustand durch ein Reichsgesetz wieder beseitigen. Ferner bitte ich um Auskunft über den Stand der Vorarbeiten für das Strafgesetzbuch im Reichsjustizamt. Die bestehende Unzufriedenheit mit dem geltenden Strafrecht und der Handhabung desselben ist eine sehr tiefe. Die Gründe der Unzufriedenheit liegen in der Uebertragung der Rechtsprechung an Angehörige bestimmter Klassen und in der Mitwirkung von politischen und von Klassenurteilen, dann auch in der grenzenlosen Ausdehnung gewisser strafrechtlicher Begriffe in der Praxis. So werden bloße Respektwidrigkeiten heute für Majestätsbeleidigungen angesehen. Dadurch wird jede offene Kritik verhindert. Erpressungsanklagen werden unter den wunderbarsten Gründen erhoben. Arbeiter, die die Entlassung von Streikbrechern verlangten, wurden wegen Erpressung angeklagt, weil sie der Kasse ihres Vereins einen rechtswidrigen Beiragsbeitrag, nämlich den statutenmäßigen Beitrag hätten verschaffen wollen. (Hört, hört! bei den Soz.) So lange das Koalitionsrecht noch in den Kreisen der Liberalen und auch der Staatsbeamten als etwas Natürliches, Gefundes angesehen wurde, dachte man gar nicht an diese Anwendung des Erpressungsparagrafen auf das Koalitionsrecht. Erst als man die Knebelung des Koalitionsrechts für gut fand, da fand man auch gleich den passenden Paragrafen, mit dem man es bestrafe. Unserm Schematismus in der Rechtsprechung ist es zu danken, daß z. B. in einem tatsächlich so milden Falle, wie es der Bromberger Maurerkrawall war, Zuchthausstrafen von exorbitanter Höhe, und selbst da, wo mildere Umstände hemmlich waren, Gefängnisstrafen von ungeheurer Höhe ausgesprochen wurden. Bei einem mindestens ebenso schlimmen Krawall, der im Rheinland von einer fanatisch aufgeheizten Menge gegen einen freireligiösen Prediger vorkam, da wurde die Anklage nur auf groben Unfug gestellt, und in beiden Fällen werden die Juristen die Anwendung der verschiedenen Paragrafen für zulässig und richtig erklärt haben. Mit dieser Art von Jurisprudenz und der Befugnis der Staatsanwaltschaft, je nach Willkür und Launen einen Fall so oder so zu frisieren, muß aufgeräumt werden. Abgesehen von Klassen- und politischen Tendenzurteilen sind die viel zu allgemeinen Definitionen unseres Strafgesetzbuches Schuld an den Mißgriffen der Justiz. Unsere heutigen Richter mögen das Recht suchen, aber sie finden es sehr häufig nicht. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Strafrechtspflege würde viel mehr Vertrauen im Volke gewinnen, wenn die Willkür, unter der jetzt die Rechtsprechung leidet, durch recht genaue Beschreibung der einzelnen Fälle bis ins Einzelne im Gesetzbuch selbst eingeschränkt würde. (Bravo! h. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Vorredner hat nach dem Stand der Strafprozessreform gefragt. Zunächst wird für das neue Strafgesetzbuch Material gesammelt aus der jetzigen Rechtsprechung und deren Kritik. Ein unabhängiges wissenschaftliches Komitee sammelt in dankenswerter Weise die ausländische Gesetzgebung. In diesem ersten Stadium befinden wir uns jetzt. Später sollen die wichtigsten Fragen eingehend beraten werden, doch kann ich darüber erst in der nächsten Session Auskunft geben.

v. Chrzanowski (Pol): Die Bestimmungen der

Strafprozessordnung werden in unerhörter Weise mißbraucht. Beschlagnahme Schriften, zu deren Durchsicht nur der Richter selbst berechtigt ist, hat im Gnesener Gymnasialprozess ein Polizist im Auftrage des Staatsanwalts durchgesehen. Zeugen, die nur polnisch sprechen können, haben Richter als „gemeine Bande“ bezeichnet. Weil er gesagt hat, die Polen würden von ihrer väterlichen Scholle vertrieben, ist ein Redakteur wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu 1 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Lebhafte Hört! Hört! bei den Polen.) Das ist eine Verhöhnung der gesetzlichen Bestimmungen.

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbr.): Diese Neuerung ist unzulässig.

v. Czarnowski (fortfahrend): Einen parlamentarischen Ausdruck gibt es dafür nicht. (Sehr gut! bei den Polen.) Die Bevölkerung ist so empört, daß wir die Richter gegen sie in Schutz nehmen müssen. Ein Vorwand ist seinem Mündel entzogen worden, weil er es nicht genügend deutlich lernen ließ. Das ist unerhört. Daß man den Richtern verbietet, Geld in polnischen Banken anzulegen und sie zur Rechenschaft wegen ihrer Abstammung zieht, ist eine Entwürdigung des Richterstandes. (Lebh. Beif. d. Polen.)

Vizepräsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung.

Dove (H. Bg.) erkennt an, daß die vom Vordredner angeführten Fälle beweisen, daß es wirklich traurig mit der Justiz aussieht. (Sehr wahr! links.) Redner hält die Entlastung der Straf- und Zivilsenate des Reichsgerichts für unbedingt notwendig, ohne daß man seine Zurechnung zu Hilfsrichtern nimmt. Weiter tritt er für die Berufung in Strafsachen und für eine Milderung der Voruntersuchung ein, in welcher Verteidiger und Angeklagte mehr Rechte eingeräumt bekommen. Gegen eine Erhöhung der Revisionssumme sind wir nicht grundsätzlich.

Schmidt-Warburg (3.) erklärt sich gegen eine Erhöhung der Revisionssumme. Das Reichsgericht müsse dem kleinen Mann dem Mittelstande zugänglich bleiben.

Schöpllin (Sd.) bringt das Verfahren der Leipziger Justizbehörde in dem bekannten Majestätsbeleidigungsprozess gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und ihre Kopistblätter zur Sprache. Es wurde nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch der Metteur verhaftet, obwohl der Redakteur wiederholt die volle Verantwortung für die betreffende Notiz übernahm. Trotzdem hielt man den Metteur 6 Wochen in Untersuchungshaft. Die organisierten Buchdrucker haben dagegen protestiert, der Sachverständige bestätigte, daß der Metteur vom Inhalt der Zeitung nicht genügend unterrichtet sei. Der Staatsanwalt beantragte, ihn nicht zu verurteilen. Wahrscheinlich hielt er diesen Redakteur des konservativen „Vaterland“ für einen verkappten Sozialdemokraten. Um mich zu schämeieren, redete man mich mit „Bürstenmacher“ an, obwohl ich das seit Jahren nicht mehr bin. Trotzdem schon am 2. Tage die Unschuld festgestellt, hielt man den Metteur 6 Wochen in Haft. Und da sollen wir nicht von Massenjustiz sprechen. (Lebh. Beif. d. Sd.)

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Börner bestreitet, daß die Notiz im vollen Wortlaut aus der Wiener „Zeit“ übernommen worden sei. Der ursprüngliche Punkt war eigenes Fabrikat. Die angebotene Fassung ist abgelehnt worden, weil nicht klar war, womit sie geleistet werden sollte. Der Metteur ist verhaftet worden, weil die Redakteure der Kopistblätter erklärt hatten, daß für die Abstrich „Bürstenmacher“, worin die intrinierte Stelle stand, nicht sie, sondern der Metteur die Verantwortlichkeit trage. Dieser selbst freilich behauptete, er lese nur das Politische. Er ist ja schließlich freigesprochen worden, aber die Sache liegt doch anders, als der Vordredner sie darstellt hat.

Kirsch (3.): Mein Urteil, daß der Metteur die Unterzeichnung ungeschuldig erlitten hat, ist durch die Darstellung des Vordredners nicht erschüttert worden. Diese Verhaftung war wirklich ganz überflüssig. (Sehr richtig! h. d. Sd.) Redner spricht sich gegen die Erhöhung der Revisionssumme aus und fragt, wie weit die geheimnisvolle Kommission zur Reform der Strafprozessordnung in ihrer Arbeit fortgeschritten sei.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Arbeiten der Strafprozessordnungskommission gehen nicht nur wegen der deutschen Gründlichkeit langsam vorwärts, sondern auch darum, weil es sich um Fragen von großer Tragweite handelt. Eine von uns veranlassete Enquete hat ergeben, daß kein zwingendes Bedürfnis zu einer Erweiterung des Mordraub-Paragrafen vorliegt.

v. Gerlach (H. Bg.) fragt bei dem Staatssekretär an, wie er zu der Frage des Zuchlingsrechts gegenüber Diensthöfen und ländlichen Arbeitern steht. Artikel 5 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch befreit das Zuchlingsrecht gegenüber dem Gefinde. Im Jahre 1888 hat der preussische Minister des Innern eine Verfügung erlassen, wonach § 77 der preussischen Gefindeordnung aufrecht zu erhalten sei. Danach darf das Gefinde den Diensthöfen nicht verlassen, wenn die Zuchlingshaft der Herrschaft nicht gewisse Grenzen überschritten hat. Auch die Verträge haben wiederholt diese Auffassung bestätigt. Eine Hausfrau, die ihr Dienstmädchen geprügelt hat, jedoch die Hand an sich wolle, wurde freigesprochen, weil nur eine zulässige Zuchlingshaft vorliege. Das Oberlandesgericht in Sibirien entschied, daß ein Dienstmädchen, das vier Ohrfeigen erhalten hat, deshalb den Dienst nicht verlassen dürfe. Ich frage die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um solche eines Kulturlandes unwürdigen Zustände zu beenden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Das Frägnal ist in Deutschland nach alten und neuem Rechte verboten. Erlaubt ist nur eine geringe Zuchlingshaft. (Gelächter links.) Die Bestimmung des bürgerlichen Rechts, wonach die Zuchlingshaft in Deutschland verboten ist, gilt neben und über den Landesgesetzgebungen. (Hört! hört! bei den Sd.) Aber mit der Frage, ob ein Zuchlingsrecht besteht, hat die Frage nichts zu tun, ob ein Zuchlingsrecht oder Landesgesetz den Dienst verlassen darf, wenn sich dessen Herrschaft ihm gegenüber in gewissen Grenzen einer Zuchlingshaft schuldig gemacht hat.

Hieraus verläßt das Haus die Winterberathung des Reichstags am Mittwoch 1 Uhr.

Politische Standchen.

Deutschland.

Die Reichstagswahl im Wahlkreis Schwabmünchen, die am Freitag stattfand, hat, wie bemerkt, mit einem Siege des Antisemitischen Kampfs geendet, der 979 Stimmen erhielt, während die Sozialdemokraten nur 715 erhielten. Die Sozialdemokraten haben sich für einen Sieg entschieden. Bei der Wahl am Freitag im Jahre 1903 hatte

der freisinnige Volksparteiler Seybold mit 10 348 Stimmen über Hugo gefiegt, der nur 7039 Stimmen erzielt hatte. Unser Bauwachs innerhalb Jahresfrist beträgt demnach rund 500 Stimmen. Immerhin also ein kleiner Erfolg.

Gefälschte Zitate. Um das Vorgehen der Staatsanwaltschaft im Königsberger Geheimbundprozess zu rechtfertigen, hatte, wie noch erinnerlich sein dürfte, der Justizminister Schönstedt im preussischen Abgeordnetenhaus aus den beschlaggenommenen Druckschriften eine Reihe von Stellen zitiert, aus denen hervorgehen sollte, daß die der Geheimbündeler Angeklagten in der Tat Beihilfe zum Mord und zu anderen hochverrätherischen Unternehmungen gegen Rußland durch die Einschmuggelung der Schriften in das russische Reich geleistet hätten. Wie aber die „Leipziger Volkszeitung“ jetzt urkundlich nachweist, ist sogar dieser Strohhalm der ministeriellen Anklage nicht einmal echt. Unser Leipziger Parteiorgan führt den Nachweis, daß die Zitate durchweg gefälscht sind, natürlich nicht von dem Minister, sondern von dem Agenten, der die Uebersetzung bewirkt hat. Die Schriften, aus denen der Minister zitiert hat, sind „Die Wiedergeburt des Revolutionismus in Rußland“ von L. Nabeşchin. Auf Grund dieses Programms wollte der Verfasser eine neue Gruppe bilden, die aber niemals aus mehr Personen als aus ihm selbst bestanden hat. Die anderen Schauergitane finden sich in der Londoner Zeitschrift „Narodowolcz“, von der 1897 vier Nummern erschienen sind, die dann unter dem Titel: „Nieder mit dem Zaren“ gefordert herausgegeben worden sind. Auch hier steht nichts hinter dem Verfasser wie er selbst. Wir geben nunmehr als Proben aus den nachgewiesenen sechs Fälschungen die folgenden wieder, weil sie unserer Meinung nach die bezeichnendsten sind. Herr Schönstedt hatte aus der Broschüre Nabeşchins nachstehenden Passus zitiert: „Plechanow sagt, für jedem Sozialdemokraten müsse ein Stück eines Terroristen oder eines Robespierre stecken. Ich bin auch der Meinung (d. h. angeblich der Autor), aber ich ziehe es vor, daß Nikolaus II. nicht durch die Kugel stirbt, sondern auf dem Schafott. Da er nun auf dem schmutzigen Lastwagen dahingefahren wird, oder ob er auf der Straße baumelt, oder ob er endet wie Ludwig XVI., das ist Sache der Zukunft.“ In dem Original heißt es aber: „Auf einer Versammlung sagte Plechanow, in jedem von uns Sozialdemokraten stecke ein Stück Terrorismus à la Robespierre stecke, und fügte hinzu: Ich bin selber Terrorist in der Seele, ich ziehe es aber vor, daß Nikolaus nicht von der Kugel stirbt, sondern auf dem Kasanschen Platz auf dem Schafott.“ Diese angebliche Aeußerung apostrophiert der Verfasser der Broschüre mit einer Bemerkung, in der es heißt: „Ja Wahrheit gelagt, wir ziehen gar nichts vor, wir denken an den Tod Nikolaus überhaupt nicht... nicht wir haben mit operettenblutigen Strömen herumzuphripen.“ Weiter zitierte der Minister aus der Broschüre Nabeşchins den Satz: „Weder ein Zorn von Bajonetten noch die Ruinen der Gendarmen, noch das Schreien der Untertanen, noch die Autorität des Zaren werden auf die dunkle Masse des Volkes wirken.“ Nichts kann sie wahrer vor der blühigen Vergeltung, welche der Terror an Alexander genommen hat. (Hört! hört!) In der Broschüre heißt es aber: „Der Thron des russischen Selbstherrschers wird bei einer starken Eruption in den Massen vor dem revolutionären Rußland in seiner Mächtigkeit erscheinen; dieser Thron ist kein mit Gold geschmückter Granit, er ist ein berggoldener Klotz, der von Holzwürmern zerfressen ist. Es sind keine gigantischen Ausprägungen nötig, um ihn von der Stelle zu bringen — er zerfällt in Scherben bei dem ersten Anprall der Massen. Weder ein Zorn von Bajonetten, noch die Polizeispitzelchen, noch die Geldbeutel der Großkapitalisten, noch das untertänige Schreien des Adels, noch die Autorität des Zaren in den dunklen Massen — nichts rettet den absolutistischen Thron.“ (Seite 82.) Keine einzige Zeile spricht, so sagt die „Leipziger Volkszeitung“, vom Zarenmord oder fordert dazu auf. Im Gegenteil, wie wir gesehen haben, ist der Autor ein Gegner solcher „operettenhaften Blutströme“. In ähnlicher Weise ist der Text der russischen Schriften noch mehrfach entstellt worden, ja, von einem Zitat, das Herr Schönstedt vorgebracht hat, behauptet die „Leipziger Volkszeitung“ sogar, daß es überhaupt nicht existiere, daß es vom Anfang bis zu Ende erdichtet sei. Damit sind die Alfen Schönstedts, Hummersteins und Bülow's auch in ihrer letzten Bestie gefälscht. Man hat sich nicht damit begnügt, antsozialdemokratische Schriften Sozialdemokraten zuzuschreiben, und man hat auch obendrein die Zitate noch gefälscht, um die öffentliche Meinung besser terrorisieren zu können. Welcher Uebersetzer mag wohl dieses Merkmal geleistet haben? Fast gewinnt man den Eindruck, daß diese Fälschung der vor Anfang an beschäftigte Gabe des ganzen vor russischen Agenten inszenierten Kampfs war.

Ein deutscher Minister über die Sozialdemokratie. Eine für alle Scharfmacher entsetzliche Kunde kommt aus Baden. Im vorletzigen Landtag ist gegenwärtig die Debatte über das „politische“ Ministerium, das ist des Ministeriums des Innern, fast. Von sozialdemokratischer Seite ist schon angegriffen, hatte der Minister von jugenddemokratischer Herkunft, von Wilmanns gesprochen, die gar nicht Sozialdemokraten seien und dann ihre Ziele als einen „Kampf mit Zwangsarbeit“ gekennzeichnert. Genoss. Abg. Schönerberg dem Minister Dr. Schenkel scharf zu Leibe und verhöhnte ihn weidlich wegen seiner Auffassung über die Dreimillionen-Partei. Und das schreit geulend zu hören; sofort erhob sich der Herr Minister und führte u. a. aus: Der Redner habe ihn vollkommen falsch verstanden, wenn er behauptete, er (Schenkel) sei der Ansicht, die Sozialdemokratie sei ein Werk der Hölle. Im Gegenteil habe er schon auf dem letzten Landtag erklärt, daß die Sozialdemokratie eine durchaus berechtigte, aus gesunden Motiven hervorgegangene Bewegung sei, deren Vertreter er in diesem Hause nicht mißverstehe möchte. Diese Partei hat an sich eine durchaus richtige und erprobenswerte Aufgabe, nämlich die, die unteren Schichten unseres Volkes nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch in ihrer Kultur weiter emporzuheben, eine Aufgabe, die unabweisbar mit langem zu erfüllen ist. Diese wichtige Aufgabe sagte dann freilich der Minister dadurch abgelehnt, daß er erklärte, auch die bürgerlichen Par-

teien verfolgten jetzt, angeregt durch die Sozialdemokratie, die letzteren Ziele. Im übrigen tadelte er wieder an der Sozialdemokratie ihre antimonarchische Haltung, ihren „Materialismus“ und den „Junkersstaat“, der eine verberbernde Fata morgana sei. — Es ist von einem Minister natürlich nicht zu verlangen, daß er sich auf den Boden der Sozialdemokratie stellt oder auch nur ihr Programm in allen Einzelheiten richtig zu würdigen versteht. Es genügt schon, daß er sich genötigt sieht, die berechnigte und erprobenswerte Aufgabe, die sich die Sozialdemokratie gestellt hat, anzuerkennen. Den Scharfmachern paßt natürlich das offene Wort des bürgerlichen Ministers nicht. Herr Dertel schimpft in seiner „Deutschen Tageszeitung“: Wir halten einen derartigen Anspruch für ganz unmöglich und erwarten, daß diese Mittelung richtig gestellt werde. Sollte aber der Minister wider Erwarten sich so oder ähnlich geäußert haben, so stehen wir nicht an, eine solche Aeußerung im Munde eines Ministers als unerhört zu bezeichnen. Wie kann der Minister eines monarchischen Staates sagen, daß er im Landtage Vertreter einer Partei nicht missen möchte, die zugestandenemassen antimonarchisch ist und auf den Sturz der Monarchie hinarbeitet.“ Dertel wird überschappen und der arme Dr. Schenkel wird für seine Wahrheitsliebe einen bösen Rüssel, wenn nicht den Abschied bekommen. Die Wahrheit aber bleibt's doch, was er sagte.

Die Budget-Kommission des Reichstages setzte Dienstag die Beratung des Militär Etats fort und lehnte bei Titel Artillerie und Waffenwesen die Forderung von 316 000 M. für maschinelle Einrichtungen in der technischen Institution der Infanterie ab. Ferner wurden bei der Forderung 11 400 000 M. für Verwirklichung des deutschen Eisenbahnesetzes im Interesse der Landesverteidigung 800 000 M. gestrichen, die das Reich als 80-prozentigen Pauschalzuschuß an Preußen für den Ausbau der Bahnlinie Weisenfeld-Weysa zahlen sollte.

In den Handelsvertragverhandlungen mit Deutschland wird, wie man der „F. F. St.“ aus Wien schreibt, die österreichisch-ungarische Regierung das Schwergewicht auf die Ermäßigung der Kornzölle, den Abschluß einer neuen Veterinärkonvention und der Ermäßigung der deutschen Zölle für Leinenwaren, Glas und Holz legen.

Wegen fortgesetzter Soldatenschändereien hatte sich Montag der Oberleutnant v. Kunowski von dem in Eisenach garnisontierenden dritten Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 94 vor dem Kriegsgericht in Erfurt zu verantworten. Es handelte sich um 24 Einzelfälle. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. — Weßhalb man nur immer über die Schändereien von Offizieren hinter verschlossenen Türen verhandelt?

Eine „Kleine Garnison“ in Schlesien. Die „Breslauer Morgenztg.“ meldet aus Siegnitz: Zwischen einem Hauptmann und einem Stabsarzt hat ein Pistolenduell stattgefunden. Als der Stabsarzt von der Chinesen-Expedition heimkehrte, erfuhr er, daß seine Gattin in der Zeit seiner Abwesenheit zu dem Hauptmann, der seit einer Reihe von Jahren Wilmer ist, in Beziehungen getreten war. Der Stabsarzt erhielt einen Schuß in das Kinn, nach anderer Lesart in den Kehlkopf, während sein Gegner unverletzt blieb. — So ging's dem „Rächer seiner Ehre.“ Uebriqens ein neuer hübscher Beitrag zum Kapitel vom Duellblut.

Militär und Zivil. In Baunzen gab es Sonntag Nacht eine große Schlägerei zwischen Offizieren, Soldaten und Zivilisten. Hauptmann Lindner geriet in einer kleinen Gasse mit zwei ihm begegnenden Zivilisten in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete und wobei der Hauptmann von seinem Waffe Gebrauch machte. Schulleute, Soldaten, Zivilisten und weitere Offiziere kamen hinzu, die Menge zählte nach Hunderten. Der Standal pflanzte sich durch mehrere Straßen fort. Hauptmann Lindner erhielt erhebliche Verletzungen. Die Polizei zerstreute die aufgeregte Menge. Über die Ursache des Streites bleibt es zwei Lesarten; nach der einen soll Hauptmann Lindner von den Zivilisten angerempelt worden sein, nach der anderen soll der Hauptmann den Streit provoziert haben.

Die Urnen in Kamerun. Gouverneur v. Putschamer telegraphiert aus Kamerun unter dem 29. Februar folgendes: Die Kolonne des Leutnants Mitschmann ist auf der Station Assanang ohne Geseft eingetroffen, von wo die Ausflüchtigen nach Berrührung der Niederlassung gestossen sind. Hauptmann Langheld sichert mit einer halben Kompagnie die Station und das Gebiet von Reaka. Oberst Müller wird an der Spitze einer stärkeren Expedition am 6. März der Marok auf Assanang antreten. Im Süden des Großflusses ist alles ruhig.

Kleine politische Nachrichten. In Rudolstadt hatte der Staatsminister von der Rede vor einigen Tagen die Landtagsabgeordneten zu einem parlamentarischen Abend eingeladen. Der Einladung waren sämtliche Abgeordnete, also auch unsere sieben Parteigenossen gefolgt. — Die heurühigenden Nachrichten über den Zustand des Präsidenten Krüger werden aus Mentone als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. — Brasilien erkannte die Republik Panama an.

Rußland.

Der allgemeine Zolltarif ist vom Zaren um ein weiteres Jahr verlängert worden. Von Unterhandlungen mit Deutschland ist keine Rede.

Vereinigte Staaten.

Einen guten Wik gestalten sich die Yankee. Nachdem nach jahrelangem Hin und Her sie einen Platz für die von Wilhelm II. ihnen so großmütig geschenkte Statue Friedrichs „des Großen“ gefunden haben, hat das Kriegsdepartement, das den alten Fritz schließlich übernommen und untergebracht hat, beschlossen, daneben eine Statue Napoleons I. aufzustellen. Die beisehende Satire, die in diesem Nebeneinanderstellen liegt, wird in Berlin wohl herausgefunden werden.

Amerika.

Der argentinische Eisenbahnerstreik droht sich einem Generalstreik zu entwickeln. Aus Buenos Aires wird gemeldet: „Die Eisenbahngesellschaften haben die Forder-

ungen ihrer in den Ausland getretenen Angehörigen abgewiesen. Die Versuche der Regierung, den Streik zu schlichten, sind gescheitert. Die Maschinen drohen, sich dem Auslande anzuschließen. Der Handel ist gelähmt. — Zur selben Zeit ist in Chile ein Erubenarbeiterstreik ausgebrochen. Nach einer Depesche aus Valparaiso sind 5000 Erubenarbeiter in den Auslande getreten. Die Lage wird als sehr kritisch angesehen; man befürchtet schwere Unruhen.

Süder und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 2. März 1904.

Zu knapp beschlussfähiger Zahl hatte sich am verflossenen Montag die Bürgerchaft abermals versammelt, um die in der vorletzten Sitzung unerledigt gebliebenen Anträge z. zu beraten. Dieser fast bei Eröffnung jeder Sitzung zu konstatierende schlechte Besuch, der sich gegen 11 Uhr allerdings etwas bessert, ist auch nur zu erklärlich. Ein nicht geringer Teil der Mitglieder besitzt ein Geschäft oder ist sonst gewerblich tätig. Für diesen bedeutet es immer eine Schädigung, wenn er vormittags um 10 Uhr im Bürgerchaftssaale anwesend sein soll. Hier kann und wird erst dann eine Besserung eintreten, wenn man, wie in anderen Städten, die Sitzungen auf abends verlegt und, was die Hauptsache ist, die Zitate zählt. Diejenigen Herren, die auf diese Distanz verzichten wollen, könnten diese dann ja in irgend einer Form der Staatskaffe wieder zuführen. Wir glauben jedoch nicht, daß sich allzuvielen Bürgerchaftsmitgliedern hierzu bereit erklären würden, falls man nicht Gelegenheit bieten würde, mit ihrem Namen zu prangen.

Nachdem etwas nach halb 11 Uhr etwa 62 Mitglieder versammelt waren, konnte in die Tagesordnung eingetreten werden. Zunächst handelte es sich um die Festsetzung der Bauaufsichtlinien in 3 Straßen. Hier vertrat Herr Dr. Wittern als Hauptredner den Standpunkt, daß in diesen Gesetzesvorlagen — die er mit Recht als jesuitische bezeichnete — recht viele Härten enthalten seien. Wir stimmten hierin vollständig mit ihm überein. Wesentlich anderer Meinung aber sind wir, wenn es sich um die gleichfalls von ihm angeführte Frage der Expropriation handelt. Hier fordern wir, daß dem Staat zur Wahrung eines mittelbaren oder unmittelbaren Nutzens uneingeschränktes Expropriationsrecht eingeräumt werden muß, selbstverständlich unter vollständiger Wahrung der berechtigten Ansprüche der zu Expropriierenden. — Was Herr Dr. Wittern über die Erziehung der Verfassungskommissionen ausgeführt hat, findet keinesfalls unsere Billigung. Majorität, dann muß sie auch vollaus genügend sein bei etwaigen, vielleicht den jeweiligen Machthabern nicht genehmen Verfassungsänderungen.

Herr Dr. Wittern fand bei der Mehrzahl der nachfolgenden Redner, von denen mancher allerdings nur sprach, um auch einmal etwas gesagt zu haben, wirksame Unterstützung. Selbstverständlich fehlte es aber auch nicht an freiwilligen Senatskommissaren, z. B. die Herren Sartori und Dr. Görz. Letzterer ließ, wie man zu sagen pflegt, wie die Käse um den heißen Brei herum und zapfte überflüssigerweise Herrn Dr. Wittern an, um sich dann von diesem eine zwar nicht so schauspielerhaft klingende, dennoch aber recht treffende Absuhr zu holen. Hierbei wachte er auch einem hiesigen Staatsanwalt dadurch ein, daß er diesen in seiner Rolle als Zuhörer bei der Galtigkeitserklärung eines Lübeder Gehezes ausrufen ließ: „Endlich doch einmal eine gültige Verordnungsung!“ Herr Dr. Wittern, der aufmerksam den Ausführungen des Herrn Dr. Wittern lauschte, fuhr wie von einer Lanze gestochen auf seinem Sitze herum und rief mit erregter Stimme: „Davon weiß ich nichts!“ Darauf begab er sich an den Vorstandstisch und tuschelte hier mit dem ersten stellvertretenden Wortführer. Zum Worte meldete er sich aber nicht. — Die Abstimmung über die Witternschen Anträge auf teilweise Kommissionsübertrag ergab erfreulicherweise deren Annahme. Ebenso fand ein Antrag des Herrn Wittern, der gewissermaßen die Vorstufe zur Schaffung eines generellen Bauaufsichtsinstitutes bedeutet. Leider trat der Antragsteller auch hier wiederum einen Rückschlag an, indem er dem Wunsche der Mehrheit, die bestehenden Gesetze von diesem zu schaffenden Gesetze auszufliessen, entsprach. Ohne Rücksicht scheint es bei Herrn Dr. Wittern gar nicht mehr zu geben.

Nach dieser Rede „Schlacht“ war die Lust und Zeit zum Debattieren verschwunden. So wurden denn die beiden nächsten Senatsanträge auf Feststellung der im laufenden Jahre auszuführenden Plasterungs- und Wegearbeiten, bei denen sonst die lokalen Wünsche so recht zum Vorschein kommen, ohne wesentliche Debatte genehmigt. Eine etwas längere Debatte entspann sich bei der Feststellung der zu errichtenden Adriastrasse. Aber auch hier löste sich schließlich alles in Wohlgefallen auf, indem ein Senatsantrag gestrichen, dagegen die Herstellung eines Radfahrweges nach Schlutup Annahme fand. — Jetzt war die Arbeitslust erschöpft, und so trat denn, trotzdem noch vier Punkte auf der Tagesordnung standen, gegen 3 Uhr Schluss ein.

Den Gewerkschafts-Vorständen und den Kartelldelegierten unterbreiten wir hiermit auf Wunsch der Kartellkommission nachstehende Zeilen:

Seitens des Vorstandes des Porzellanarbeiter-Verbandes war Anfang Februar ein Hilferuf zur Unterstützung seiner ausständigen Mitglieder in Lettau und Schlierbach an das hiesige Gewerkschaftskartell eingegangen. In der Begründung des Gesuchs wird noch ausgeführt, daß der Verband der Porzellanarbeiter für diese beiden Orte schon gegen 100 000 Mark eigene Verbandsmittel aufgewendet habe und da seine Fonds erschöpft sind, für seine

Mitglieder doppelten Beitrag ausgeschrieben habe. Es handelt sich in Lettau um 80 und in Schlierbach um 300 meist verheiratete Leute. Gleichzeitig wendet sich der Vorstand der Porzellanarbeiter an die Solidarität der deutschen Gewerkschaften und erbittet deren schnelle Hilfe. — Dieses Schreiben, sowie ein das Gesuch bestätigendes Zirkular der Generalkommission lag der letzten Kartellversammlung vor. In der Aussprache über dasselbe äußerte ein Delegierter, daß seiner Meinung nach der Streik in Schlierbach beendet sei. Um nach allen Seiten Klarheit zu schaffen, hat die Kartellkommission sich an das Gewerkschaftskartell in Hanau gewandt (Schlierbach liegt in der Nähe von Hanau) und um Auskunft über den Stand des Streiks gebeten. Wir teilen nachstehend das Antwortschreiben des Vorstehenden des Hanauer Kartells, Genossen J. Hofmann, vom 29. Februar im Auszug mit:

Von ca. 315 Mann, die vor ca. 12 Wochen in den Streik traten, sind gleich in den ersten Tagen, wollen wir sagen, 15 Mann abgefallen, 300 Mann aber, lauter Männer, die ein Mannes- und Jünglingsalter in der Fabrik zugebracht haben, sind heute noch fest entschlossen, nicht eher wieder hinein zu gehen, bis ihnen das freie Koalitionsrecht gewährt wird. Es haben sich auch Streikbrecher gefunden, ungelernete Leute, die nicht viel schaden; wenn die Fabrik nicht ein so großes Lager gehalten hätte, wäre die Sache längst beigelegt.

Unter diesen Umständen glauben wir im Sinne der Kartellversammlung zu handeln, wenn wir das Gesuch der Porzellanarbeiter unsern Lübeder Gewerkschaften zur gütigen Berücksichtigung unterbreiten. — Die Expedition des „L. u. B. Volksboten“ hat sich in entgegenkommender Weise bereit erklärt, die bewilligten Gelder zu sammeln und an den Verbandsvorstand der Porzellanarbeiter zu befördern.

In die Straßenverbreiterungskommission wurden folgende Bürgerchaftsmitglieder gewählt: Dr. Görz, Dr. Wittern, Brecht, Coleman, Buchwald, Dr. Vermehren und Rosenquist. Ersahmänner: Blund, Dimpler und Jenne.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Hellmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Dem Arbeitshause wurden im verflossenen Monat 8 Personen wegen Diebstahls zugeführt. Die Haftdauer schwankt zwischen 6 und 24 Monaten.

Aus dem Gerichtssaal. Gewerksmäßige Unzucht, verbunden mit Diebstahl, betrieb das Dienstmädchen D. aus Klein-Weidenberg, weshalb sie sich gestern vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. D. hat einen Viehhändler und einen Matrosen in ihre Wohnung gelockt und diesen 80 resp. 30 Mk. heim „Lieben“ entwendet. Zwei Monate Gefängnis und 14 Tage Haft waren die Folge. — Das Dienstmädchen W. hatte dem Schneidermeister W., seinem Dienstherrn, 380 Mk. unterschlagen und einen Kaufmann um Waren im Werte von 13,90 Mk. betrogen. Sie wurde jedoch nur wegen der Unterschlagung zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt, da ihr im zweiten Falle eine betrügerische Absicht ferngelegen hat. — Der Steinmetz G. und Maschinist S. haben eine von einem andern gestohlene Uhr verknüpft. G. erhielt 5 Tage und S. 1 Woche Gefängnis.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 15. April das Gewerdesstraße 40 belegene Grundstück des Bauunternehmers K. F. Kähler.

Kleine polizeiliche Nachrichten. In der verflossenen Nacht wurde an der Wakenitzmauer ein Zimmergeselle von hier, der zwei Bündel nahe Wäschestücke, die er von einer Trockenleine unterhalb der Stavenstraße gestohlen hatte, angetroffen und festgenommen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Wollfärbereiarbeiter aus Fabbro in Italien, der sich am 8. Februar in Hamburg des Diebstahls zum Nachteil seiner Arbeitskollegen schuldig machte. — Auf frischer Tat ertrapt wurden gestern Nachmittag in der Nähe der alten Betriebswerkstätte der Lübeder-Büchener Bahn zwei Arbeiter, als sie sich altes Eisen rechtswidrig aneigneten. — Festgenommen wurden zwei Ziegeleiarbeiter, die an der Schlägerei auf der Ziegelei in Fackenburg, wobei der Maschinenmeister schwer verletzt wurde, beteiligt waren.

Maienten. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Schwarzenbef. Daß ein Referent eines Brandes wegen nicht sprechen konnte, ergab sich hier am Sonntagabend. Als der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Niemann, gegen 8 1/2 Uhr die Mitgliederversammlung eröffnen wollte, erging plötzlich Feuerlärm. Es brannte das Holzstück mit Lanzlaal verbundene Wirtschaftsgebäude. Da die große Mehrzahl der Versammlungsbesucher der Feuerwehr angehört, mußte über übel die Versammlung auf nächsten Sonntag verschoben werden, und der Referent mußte unverrichteter Sache heimfahren.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maurer in Harburg erreichten einen bis 1907 gültigen Vertrag, der ihnen 70 Pf. Stundenlohn (Ueberstunden 80 Pf.), 8 1/2 bis 11 stündige Arbeitszeit (Sonntags ohne Lohnabzug nur 7 Stunden) z. sichert. — Die Schuhmacher in Jsehoe wollen in diesem Monat in eine Lohnbewegung eintreten. — In einem großen Teil des zum 7. März 1904 in hiesigen Reichstagswahlkreis gehörigen Landgebietes ist am Sonntag eine im Format der früheren „Wahl-Zeitung“ gehaltenen Flugchrift, mit der Ueberschrift „Note Landpost“, durch unsere Genossen zur Verbreitung gelangt. — Im Dachdeckergewerbe in Oldenburg i. Gr. haben die Gehilfen und Arbeiter den Meistern eine erhöhte Lohnforderung ausgehen lassen. Hoffentlich braucht es nicht erst

zu einer Arbeitseinstellung zu kommen, sondern es werden die Meister den Weg finden, der zu einer Einigung mit den Arbeitern führt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Unteroffizier in Hamburg hatte einem Musikstücken einen heftigen Zutritt ins Gesicht versetzt. Das Kriegsgericht erkannte auf 14 Tage Mittelarrest. — Bei den Notabewahlen zur Hamburger Bürgerchaft wurden alle Kandidaten der Rechten gewählt. — Nach amtlicher Meldung sind die Dampferfahrten von Hoyerstraße nach der Insel Sylt Eisess halber auf weiteres eingestellt. — Gelegentlich einer Vorstellung im Konzerthaus „Flora“ in Schwerin stürzte gestern Abend ein Herr von der Gallerie auf den Parkettfußboden und trug schwere Verletzungen im Gesicht davon. — In Finkenwerder bei Wolbeg sind in der Nacht zum Sonntag drei Wohnhäuser, dem Schlachter Collin und dem Ueberbürger Homuth gehörig, niedergebrannt. — In Bremen erkrankt ein Knabe, der sich auf das morische Eis des Stadtgrabens gewagt hatte. — Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Ziegeleiarbeiter Josef Kobus in Verden a. d. Aller, welcher die Tat beharrlich leugnete, hat Sonnabend ein Geständnis seiner Schuld, gleich nachdem er abgeführt war, abgelegt.

Flensburg. Ein neuer Fall von schwarzen Blattern ist nach amtlicher Meldung seit Freitag nicht mehr vorgekommen; die Erkrankten sowohl wie auch die der Krankheit verdächtigen Personen sind alle isoliert, und auch sonst sind die unmaßgebendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es liegt kein Anlaß zu irgend welchen Besorgnissen für das Publikum vor. Uebrigens sind nicht 11, sondern 3 Personen erkrankt, während die übrigen Angehörige der Erkrankten sind.

Güstrow. Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode nahm Montag ihren Anfang. Der Arbeiter Udem zu Xeterow hatte als Zeuge unter seinem Eid bestritten, mit dem Dienstmädchen Graumann geschlechtlich verkehrt zu haben. Er hat aber, wie er im Termin eingestand, einen Meineid geleistet. Urteil: 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Der Arbeiter Lehmann und der Maurer Paugels, beide aus Xeterow, haben sich der räuberischen Erpressung und der schweren Körperverletzung schuldig gemacht, indem sie den Ueberbürgerjohn Groß und den Ziegeleiarbeiter Wendt durch Drohungen, resp. Täuschungen zwangen, ihnen Geld zu geben. L. erhielt 2 1/2 Jahre Zuchthaus, P. 2 1/2 Jahre Gefängnis. — Weil er den Fortkameanten Ahlgrimm in Neustrelitz, der ihn an der Fortnahme von 7 Lannenhäusern hindern wollte, bedrohte und beschimpfte und auf den Arm schlug, wurde der häufig vorbestrafte Arbeiter Karl Stein aus Neustrelitz zu 1 Jahr 3 Monaten 10 Tagen Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt.

Bremen. Schon wieder eine Pleite. In Zahlungsschwierigkeiten befindet sich das Mäntelhaus Carl Schütte. Eimer Aktiva von 100 000 Mk. steht eine Passiva von 500 000 Mk. gegenüber.

Bremerhaven. Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises war unterm 14. September v. J. von Seiten des Gewerkschaftskartells beim hiesigen Stadtrat beantragt worden. Es gewann auch, da der Stadtrat sich zu Unterhandlungen bereit erklärte, den Anschein, daß aus der Sache etwas werden würde; nach dem dieser Tage jedoch dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells zugegangenen Schreiben des Stadtrats ist die Angelegenheit an dem Widerstand des Unternehmertums gescheitert. Das betreffende Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Auf Ihren Antrag vom 14. September v. J., betr. Einrichtung eines kommunalen paritätischen Arbeitsnachweises für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verfehlen wir nicht zu erwidern, daß wir die Sache eingehend geprüft und insbesondere auch mit Rücksicht auf die in anderen Städten laut eingegangener Mitteilungen hierdurch erzielten Erfolge unsererseits bereit sein würden, der Frage nach einer solchen Einrichtung näher zu treten, daß wir aber dennoch von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit glauben Abstand nehmen zu müssen, weil die sämtlichen in Betracht kommenden von uns zur Aufhebung aufgeforderten hiesigen Arbeitgeberverbände sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen haben, weil ihrerseits bereits ein ausreichender Arbeitsnachweis ins Leben gerufen sei.

Bremerhaven, den 20. Februar 1904.

Der Stadtrat, Dagemann. Das Verhalten der Arbeitgeberverbände kennzeichnet sich zur Genüge. Es beweist, daß das Unternehmertum jeder sozialen Einsicht bar ist und lediglich dem brutalen Scharfrichtergrundlag halbt, auch bei der Arbeitsvermittlung „Herr im Hause“ sein zu wollen. Zur Förderung des sozialen Friedens in den Unternehmerten wird das Verhalten der Arbeitgeber gewiß nicht beitragen.

Wilhelmshaven. Der Schützmann als Kunstverständiger. Eine sehr beachtende Freisprechung erfolgte nach dem „Nordb. Volksblatt“ in einer Schöffengerichtssitzung. Der Parkwirt Stölze hatte ein Strafmandat erhalten, weil er am Weihnachtstage ein Konzert veranstaltet hatte, das nicht ein dem hohen Festtage entsprechendes Programm gehabt haben sollte. Letzteres war von dem Musikdirigenten Nothe zusammengestellt und enthielt Komposition von Verdi, Meyerbeer, Beethoven, Wagner, Rossini usw., alles nur klassische Stücke. Sowohl Musikdirigent Nothe als auch Musikdirigent Wölfler erklärten als Sachverständige, daß das Programm ein hochmusikalisches und dem hohen Festtage angepaßtes sei. Nothe meinte noch, hätte er gewußt, daß sein Konzert der Kunstkritik eines Schützmanns unterworfen sei, würde er denselben hinauswerfen lassen oder er das Konzert abgebrochen haben. Wegen mangelnden Verschuldens erfolgte dann auch Freisprechung.

Durch die glückliche Geburt eines Zwillingspaares wurden hoch erfreut

J. Stodolka u. Frau, geb. Schiborr.
Krempelsdorf, den 28. Februar 1904.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an

Johannes Brodersen und Frau,
Fadenburg, 29. 2. 04. geb. Kröger.

Dankagung.

Allen denen, die meinem lieben Manne bei seinem plötzlichen Hinscheiden die letzte Ehre erwiesen, insbesondere seinen Mitarbeitern, sagen ich meinen Dank.

Frau L. Grabbert und Sohn.

Eine leere Stube mit Keller
zu vermieten Ludwigstraße 31.

Eine kl. Wohnung zu vermieten
Glockengießstraße 68.

Zur Konfirmation

empfehlen unsere

prachtvollen Konfirmations-Karten

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Unsere Kolporteurs nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufeln gewähren wir hohen Rabatt.

Abgeschlossene 3 Stuben-Wohnung,
Stall, Garten, in Fackenburg, 150 Mk. Mth.
Wilhelm-Theater, Lübed, oder beim Barbier
Falenbusch in Fadenburg.

Ein fremdl. Logis zu sofort zu vermieten. Näheres Ludwigstr. 67, 2 Et., nach vorne.

Gesucht zum 1. Juli von einem Handwerker mit 2 Kindern eine Wohnung von 3 Zimmern im Br. bis 200 Mk. in der Nähe der Friedenstr. Off. u. F W an die Exped. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung in der Nähe der Moislinger Allee im Br. von 180—210 Mk. Off. u. R W 106 an die Exp. d. Bl.

Ein Minorkabahn (1903) zu verkaufen ob gegen Begehren zu vertauschen An der Mauer 114.

Billich zu verkaufen 3 Bände „Das kleine Bismarck“ und 1 Band „Berliner Illustrierte Bzg.“
Fagdenstraße 7/6.

Verpätet.
 Unserm Kollegen **Joachim Freitag** zu
 seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch.
 Nun rate mal.

Gesucht
 ein tüchtiger **Schuhmacher** Geselle.
Kalkhorst, Glanbornstraße 1.
 Ein 10 Monat alter schwarzer Sahu zu
 verkaufen oder gegen ein Sahu zu vertauschen.
 Mittelstraße 27 a.
 Dasselbst ein Waschenanzug billig
 Ein neues und ein gebrauchtes Bett ist fort-
 ausgesetzt billig zu verkaufen
 Regidenstraße 24.

Der Deutsche Reichstag
1903-1908.
Biographisch-Statistisches Handbuch
 von
Joseph Kürschner.
 Sämtliche Reichstagsabgeordnete
 sind nach ihren Photographien abgebildet.
 Preis 50 Pfg.
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 50.

Täglich
 in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
 Fernsprecher 1110.

Karbonade	Pfund	70 Pfg.
Schweinefleisch	"	55 Pfg.
Kopf und Bein	"	20 Pfg.
Gemischt. Aufschnitt	1,20 Mk.	
ger. Mettwurst	Pfund	1,00 Mk.
gek. Mettwurst	"	70 Pfg.
Leberwurst	"	70 Pfg.
frische Bratwurst	"	70 Pfg.
Braunschweiger	"	60 Pfg.
Presswurst	"	60 Pfg.

empfeht
Heinrich Scheel
 Hansastrasse 43.

Die geruchlosen
Priester-Hölzer
 (D. R.-P. Nr. 90390 und 116955)
 sind die besten!

Man fordere deshalb stets die geruchlosen
Priester-Hölzer

Jungen Leuten!
 welche sich dem
Seemannsstande
 widmen wollen, erziele
Total-Ausrüstung
 für kleine u. große Fahrt.
H. Prenzlau
 Unterstraße 67.

Achtung!
Brauereiarbeiter!

Der Sammlung
 am Donnerstag den 3. März
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
 Tages-Ordnung wird in der Versammlung be-
 kundet gemacht.
Der Vorstand.

Zimmerer

Verbands-
Versammlung
 am Donnerstag den 3. März
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Total-Ausverkauf

unserer sämtlichen

Manufaktur- und Mode-Waren

sowie

- schwarze Kleiderstoffe
- farbige Kleiderstoffe
- Nouveautés
- Futterstoffe
- Damen-Wäsche
- Gardinen
- Tischdecken
- Korsetts
- Handschuhe
- Strümpfe
- Unterröcke
- Betten
- Bettfedern, Daunen
- Piqués
- Unterzeuge
- Krawatten
- Wollgarne
- Bezüge
- Leinen und H'Leinen
- Arbeiter-Garderoben
- Kurzwaren etc. etc.

für
 die Hälfte
 des
 Wertes.

Mädge, Deckenbrock & Ahrens

Königstrasse, Ecke Huxstrasse.

Achtung Maler!

Öffentliche Versammlung
 am Donnerstag den 3. März d. Js., abends 8 1/2 Uhr,
 im **Bereinshaus, Johannisstraße 50-52.**
 Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Lohnarif bei eventueller Auflösung der Zwangs-
 Zimung.
 2. Verschiedenes.
- Der Vorstand.**

Achtung Bauarbeiter!

Die Mitglieder-Versammlung am
 Freitag den 4. d. M. findet nicht
 statt. Nächste Versammlung:
 Freitag den 18. März d. Js.
Der Vorstand.

Circus Variété.
 Wahrer Jubel steigert sich von Nummer
 zu Nummer des herrlichen
März-Programm.
 Anfang 8 Uhr.

Stadttheater.
 7 1/2 Uhr. Donnerstag den 3. März 7 1/2 Uhr.
 159. Borf. 23. Donnerstage-Abonn.
Oberon.
 7 1/2 Uhr. Freitag den 4. März. 7 1/2 Uhr.
 Zum 1. Male.
 Novität. **Die Redaktrice.** Novität.

Unerhört billig
 jetzt der Herbst reist,
 ein großer Posten
Konfirmanden-
Anzüge
 zu den ungemein billigen
 von 5,95 Mk. an.
13 obere Marlesgrube 13.

Die echten
Halb- und
Kniestiefel
 aus Handarbeit aus Kern-Rindleder
 und reine Eisenlohe-Verbung
 in größter Auswahl.
13 obere Marlesgrube 13.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Bild und Musikanten“, sowie der mit J. M. geschickter Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
 Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Bild und Musikanten“, sowie die mit J. M. geschickter Artikel und Notizen: Johannes Stilling - Redakteur: Theodor Schwarz
 Druck von Friedr. Meyer & Co. - Druckort: in Elberfeld.

Der Russenkurs vor dem Reichstage.

Der Reichstag hatte Montag einen großen Tag. Der Reichskanzler Graf Bülow, der sich bisher hübsch vorsichtig im Hintergrunde gehalten hatte, mußte endlich im Reichstag erscheinen. Schon das ist der Sieg, nicht unserer Partei, sondern des großen Kulturgedankens der Gafffreiheit, den sie gegenüber der preussischen Reaktion vertrat, daß ein Minister nach dem anderen im Reichstag Rechenschaft vor uns ablegen muß; sie können nicht länger im Landtag Versteck spielen. Vor überfüllten Tribünen, vor einer überaus stark besetzten Diplomatenloge begann die Beratung mit der Erklärung der Parteien. Die Freisinnigen wagten vor den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft nicht, die Stellung zu behaupten, die sie im Landtage eingenommen hatten. Sie mußten die Spitzelwirtschaft verurteilen, die Aufhebung des Auslieferungsvertrages mit Rußland fordern, und Herr Dr. Spahn mußte für das regierende Zentrum dieselben Gedanken vertreten. Erst ist es ihnen natürlich nicht damit; es war ein glücklicher Gedanke unserer Genossen, sie vor die Entscheidung einer Abstimmung zu stellen: Sie fielen um und lehnten einhellig unseren Antrag ab, der doch nur ihre ureigensten Forderungen enthielt. Daß die Rechte und die Nationalliberalen der Regierung durch Dick und Dünn folgen, daß die Polen ihre angelegten ihrer Verfolgungen und Beleidigungen doppelt widerliche Unterwürfigkeit bis zum höchsten Punkt treiben würden, war bekannt und übertrafste deshalb niemanden. So blieb der Kampf im wesentlichen auf die Minister und unsere Parteigenossen beschränkt. Genosse Bebel eröffnete die Schlacht mit einem ebenso wichtigen, wie nachhaltigen Angriff. Ruhig und nüchtern verfolgte er die Minister bis in jede ausweichende Redewendung, jedes noch so schwach abweichende Wort; ernst und sachlich wies er nach, daß weder die russischen Studenten noch wir etwas vom Terrorismus und der Anarchie wissen wollen, daß aber die j-hige Polizeipressis auch die feilschteste, geschmacklose Propaganda treffe. Dann wandte er sich mit flammender Entrüstung gegen die Verächtlichkeit der weiblichen Ehre der russischen Studentinnen durch Herrn von Richtofen. Auf Grund von amtlichen Dokumenten zeigte er, daß Rußland auch seine auswärtige Politik mit den schäblichsten Mitteln betreibt, vor keiner Gewalttat, keiner Niedertrachtigkeit zurückzuckt. In zündenden Worten appellierte er an das klumpige Gewissen der Mehrheit und forderte das Urteil der Weltgeschichte über die Behandlung der russischen Freiheitskämpfer in Deutschland heraus. Und wiederum widerlegte Genosse Haase und nochmals Genosse Bebel jeden Einwand der Minister, zerstreute den letzten schwachen Zweifel.

Graf Bülow wandte eine merkwürdige Verteidigungstaktik an: Er gab Fürst Bismarck preis, um seine doch verlorene Sache zu retten. Er las die Akten über die Auslieferung der Russen Mendelsohn und Leo Deutsch aus jener Zeit vor, und man muß ihm zugeben, daß so schlimme Taten ihm noch nicht nachgewiesen worden sind. Was muß aber auf seiner Seele lasten, wenn er so geheim gehaltene Aktenstücke preisgibt! Wir wußten ja schon immer, daß auch Fürst Bismarck zu jeder Liebedieneret gegen Rußland bereit war. Im übrigen zeigte Bülow sich in Anspielungen auf die Armut und jüdische Absicht der polnischen Genossen ebenso wie in der Vornehmheit des Tons und der Sachlichkeit der Polemik wert, antisemitischer Reichstagsabgeordneter zu sein. Des antisemitischen Redners, des Herrn Werner, Herz ging denn auch vor Freude auf. Auch die übrigen Minister taten ihr möglichstes, ihre Sache zu kompromittieren. Herr Schönfeldt, ein Minister der Gerechtigkeit, gestand, daß seine angeblich objektiven Mitteilungen an das Parlament auf einseitiger Information durch den Königsberger Staatsanwalt beruhten. Und Herr Hammerstein bewies eine solche Kunst im Bitteren deutscher Klassiker, daß man wirklich nicht weiß, ob man sich über einen solchen

Glanzpunkt moderner staats- und weltmännischer Bildung freuen oder ärgern soll.

Die Debatte über die Behandlung der russischen Gaskreunde in Deutschland schloß Montag. Aber wenn nicht sofort eine Aenderung eintritt, wird sie bei jeder Gelegenheit von neuem begonnen werden. Und der Sieg wird nicht dadurch entschieden werden, — ob eine größere oder kleinere Mehrheit im Reichstag unsere Anträge niederstimmt, sondern durch das Urteil der öffentlichen Meinung bei der nächsten Wahl. Bis dahin werden wir auch mit dem trefflichen neuen Material aus seines Vorgängers Zeit, das der Reichskanzler uns gegeben hat, agitieren und weit mehr als die Duldung der russischen „Schornorrer und Verschwoerer“ der Sache der russischen und deutschen Demokratie, wird unserer Partei ihre Verfolgung und Austreibung aus Deutschland nützen.

Soziales und Parteileben.

Es hat geholfen. Genosse Hans Markwald von der „Volksstimme“ in Magdeburg hat am Sonnabend, gerade an demselben Tage, da die Art seiner Behandlung im Reichstag zur Sprache kam, auf Grund seiner Beschwerde an den Justizminister endlich die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung erhalten. Sechs Wochen lang hat er jedoch im Gefängnis in Gommern wie ein Verbrecher die schmutzigsten Arbeiten (Reinigen der Zelle, Entleeren des Abortkübelns etc.) selbst verrichten, auf das Besen einer Zeitung, auf sein Arbeitsmaterial und seine Bücher verzichteten müssen! Seit Sonnabend ist unserm Genossen endlich geklattet worden, die „Voss. Ztg.“ täglich zu lesen, bis 9 Uhr abends (anstatt wie bisher 7 1/2 Uhr) Licht in der Zelle zu haben etc. Der Antrag M.s., ihm wegen seines körperlichen Zustandes Selbstbeschäftigung zu gewähren, wurde jedoch abgelehnt. — Der Justizminister hatte jedenfalls mit den zarischen Liebesdienern zubielt zu tun, so daß es nicht wundernehmen darf, wenn er für Durchführung einer eigentlich selbstverständlichen Maßregel sechs volle Wochen Zeit gebrauchte. Da am Sonnabend der Reichstag den Antrag Gröber angenommen hat, wird hoffentlich Genosse Markwald das letzte Opfer jener Kleinlichen, echt preussischen bürokratischen Auffassung sein, die bisher in jedem Preßsünder einen Verbrecher erblickte.

Anfechtung in Krimmitchau. Am Sonnabend stand vor der Strafkammer in Zwickau i. S. der Vorsitzende des Krimmitchauer Gewerkschaftsartells, Genosse Karl Köhler, wegen angeblicher „Anfechtung zum Klassenhaß“, begangen durch ein Flugblatt, welches am 2. November 1903 in 7500 Exemplaren verbreitet worden ist. In dem Flugblatt war lediglich der Kampf gegen die Krimmitchauer Ausgesperrten durch Behörden, Gendarmen und Unternehmer gekennzeichnet, enthielt nur Tatsachen und einen Appell an die übrigen Arbeiter, Solidarität zu üben. Besonders folgender Passus deutete dem Staatsanwalt ein schweres Verbrechen:

„Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe werden aufgefordert, in diesem Augenblick helfend einzugreifen. Ihr Maurer, ihr Zimmerer, ihr Metall- und ihr Holzarbeiter, ihr alle, die ihr schafft vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht:

An die Gewehre!

Hinein ins Kampfgeviert! Aufklärend! Agitierend! Werbekend! Wenn ihr im Wirtshaus, wenn ihr auf der Straße, wenn ihr in der Familie seid, dann denkt an die kämpfenden Textilarbeiter!

In diesem „An die Gewehre!“ sah der Staatsanwalt die Aufforderung an die Arbeiter, Gewehre zu ergreifen und — doch, es läßt sich gar nicht ausdenken, was dem Staatsanwalt alles dabei durch den Kopf gegangen ist! Der Termin war am 13. Januar verlagert worden, weil Rechtsanwalt Hübler-Leipzig beantragte, sämtliche 8000 Ausgesperrte als Zeugen darüber zu vernehmen, ob sie die Worte als Aufforderung zum Kampf mit wirklichen Gewehren aufgefaßt

hätten. Von den 8000 wurden jedoch am Sonnabend nur etwa 30 vernommen. Mein der Staatsanwalt fand nicht einmal bei den Zwickauer Richtern, die doch wegen ihrer Urteile gegen Bergarbeiter usw. ebenso bekannt sind wie die Krimmitchauer, Anhänger, und so wurde nach fünfzigstündiger gründlicher Verhandlung der angebliche „Aufreiter“ freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Aus Nah und Fern.

Der Duellmörder Falkenhagen, der vor etwa zwei Jahren den Landrat v. Bennigsen bei Spritze erschossen hat, mußte sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Danzig wegen Beleidigung verantworten. Falkenhagen hatte bei einer Festlichkeit, die er in der Festung gab, Campiors angezündet und sich geweigert, dieselben zu beseitigen. Erst auf Aufforderung eines Leutnants kam er dem Befehle nach. Dem Wachpersonal gegenüber gebrauchte er die Worte: „Wer hier hineinkommt, den steche ich über den Haufen“ und „von solchen Leuten sei er schon einmal bestohlen worden“. Der fidele Festungsgefangene erhielt 100 Mk. Geldstrafe.

Wegen Gehorsamsverweigerung wurde der Musikant Sommer vom 93. Regiment zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte eines Tages dem Befehl seines Vorgesetzten zuwider, den Kopf nicht in die Höhe gerichtet, die Hand nicht an die Hosennaht gelegt und über eine Rede des Vorgesetzten gelacht.

Seit neun Jahren im Wasser. Im Herzoglichen Krankenhaus zu Braunschweig befindet sich ein Kranker, welcher seit neun Jahren im Wasser liegt. Er ist jetzt 29 Jahre alt. Im Oktober 1894 wollte er in Kreisen Lannensäpfel pflücken, wobei er das Unglück hatte, von dem Barne in einer Höhe von 7 Meter herabzufliegen und das Rückgrat zu brechen. Seit dieser Zeit liegt der Unterkörper im Wasser, die Beine sind vollständig lahm. Das Bassin ist über zwei Meter lang und über ein Meter breit. Das Wasser hat eine Temperatur von durchschnittlich 35 Grad. Tag und Nacht fließt kaltes und warmes Wasser ab und zu. Der Kranke befindet sich seiner eigenen Aussage nach wohl und munter; munterer wird es ihm aber sehr langweilig. Die Zeit vertreibt er sich damit, daß er öfter eine Zigarre raucht oder auch Karten spielt. Auch hat er einen regelmäßigen Schlaf. Betritt man sein Zimmer, so glaubt man einen Künstler vor sich zu haben, trotzdem der Kranke von Beruf Maurer ist. Es ist interessant, den Mann zu beobachten, wenn er die Arbeiten macht. Auf dem Tische steht ein kunstvoll gearbeitetes Vogelbauer aus Draht, worin ein Kanarienvogel sitzt und seine Weisen ertönen läßt, worüber sich der Kranke sehr freut. Ferner ein Eichhörnchenbauer, worin zwei Eichhörnchen sitzen, und ein prachtvoll gearbeitetes Aquarium. Auch in Stickerien und Schützerien leistet er vorzügliches. Im Sommer fährt er im Wagen alle paar Wochen mal drei bis vier Stunden aus. Die Kosten bezahlt die Berufsgenossenschaft. Im Volksmunde heißt er der „Wassermann“. Für die Wissenschaft ist dies ein Fall, der wohl einzig dasteht.

Ein vornehmes Entbindungsinstitut in Dresden. Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts zu Dresden gelangte dieser Tage ein Prozeß gegen ein Ehepaar zur Verhandlung, das sich die Not und den Kummer solcher Damen besserer Stände zu nütze machte, die sich in „bis-kreten“ Verhältnissen befanden. Das laubere Paar, der Scherenscheiter Wilhelm Waltherr und dessen Ehefrau, boten durch Zeitungsinsertate „diskreten Damen“ freundliche und liebevolle Aufnahme an, sicherten strengste Diskretion zu und der Ehemann erbot sich sogar, dem zu erwartenden kleinen Erdenbürger seinen eigenen Namen zu „verleihen“ und die Vormundschaft zu übernehmen. Damen aus angesehenen Familien meldeten sich in großer Zahl, sie vertrauten dem

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

68. Fortsetzung.

Das letzte Mal, als Mr. Hummel bei Handorfs gewesen, hatte er ihnen eine genaue Beschreibung des dortigen Ackerbaues und der Feld- und Viehwirtschaft, die er aus dem Grunde verstand, gegeben und Karl den Vorschlag gemacht, mit ihm zu gehen und erst einmal ein halbes oder ganzes Jahr auf seiner Farm zu arbeiten, damit er Amerika erst ordentlich kennen lerne. Nachher könne er ja noch immer machen, was er wolle, wirklich Farmer werden oder auf sein eigenes Geschäft arbeiten. Aberigens sei es auch für einen Farmer von sehr großem Vorteil, wenn er etwas von Tischlerei und Zimmermannsarbeit verstände, denn „da drüben“ müsse man eben Alles selber machen und jeder richtige Farmer wäre auch eigentlich sein eigener Schlosser, Schmied, Tischler, Bäcker, Schneider und Schuster, was dem Meister Handorf nun allerdings nicht in den Kopf wollte.

Die kleine Familie saß heute Nachmittag beim Kaffee zusammen und ihr Gespräch drehte sich natürlich um Amerika, von dem die Mutter freilich nichts wissen wollte. Auch Karl hatte keine rechte Lust dazu, aber was anders blieb ihm übrig?

„Es mag ein schönes, großes Land sein“, sagte er, „und Sehnsucht habe ich schon immer gehabt, es einmal zu sehen; aber Du glaubst nicht, Vater, welch ein peinliches Gefühl es für mich ist, daß ich jetzt dort hinüber muß, um mich vor den Menschen hier in Deutschland zu verstecken.“

„Ach was, verstecken!“ brummte der Vater vor sich hin, „wenn Du selber ein gutes Gewissen hast, so brauchst Du Dir deshalb auch keine Sorgen zu machen und Du gehst ja als freier Mann.“

„Es war immer mein sehnlichster Wunsch gewesen“, fuhr Karl leise fort, „hier einmal in meiner Vaterstadt auch als

Meister einzutreten; ich hatte einen Stolz daran gesetzt, und daß nun Alles so kommen mußte.“

„Und bist Du gewiß, Karl“, fragte der Vater nach einer längeren Weile, in der Alle ihren eigenen Gedanken gefolgt waren, „daß jener Mann, den Du neulich gesehen, der Ähnliche gewesen, der Dir damals den Stock abgekauft hatte? Man kann sich so leicht täuschen, und so lange Jahre sind darüber hingegangen.“

„Ja, Vater, das ist wohl wahr“, sagte Karl, „aber in dem Gesicht täusch' ich mich nicht, oder es müßte ein Zwillingbruder gewesen sein. Die langen Jahre habe ich die Gestalt, das Gesicht vor meinen Augen gehabt und fast an nichts Anderes gedacht, während ich die furchtbare Strafe verbüßte. Ich wußte dabei, daß ich es wieder erkennen würde, wo ich ihm auch begegnete; aber was hilft's, der Notar hat vollkommen Recht, ich kann ihm nichts mehr beweisen, wenn er es nicht selber eingestehen wollte, und daß er das tun würde, daran ist natürlich nicht zu denken. Jetzt hab ich den Menschen wiedergesehen, der, wie ich immer glaubte, allein im Stande gewesen wäre, mir meinen ehrlichen Namen zurück zu geben, und nun sehe ich selber ein, daß es mir nichts hilft und daß ich, wenn ich hier in Deutschland bliebe, mein ganzes langes Leben herumlaufen müßte wie Kain, der seinen Bruder Abel erschlug.“

„Aber, Vater“, sagte die Margarethe, die den Bruder indessen mit mitleidigen Blicken betrachtet hatte, „der Mensch soll ja, wie Herr Semmler neulich erzählte, in ganz kurzer Zeit hier ein vornehmes Weibchen aus der Stadt heiraten. Müßte man denn da nicht eigentlich hingehen und es den Leuten sagen, was sie für einen Schwiegervater bekommen?“

„Verbrenne Du Dir das Maul“, sagte der Tischlermeister, „sitzer vor sich hin mit dem Kopfe nickend.“ „Erstlich, was hilft's Dir, denn kein Mensch würde es glauben und der Karl kommt's nicht einmal beschwören, und dann wäre das nur ein gesundes Freßfen für das Gerede in der

Stadt; dann jög' ich selber von hier fort, denn die Leute würden mit Fingern auf uns weisen. Nein, Grethel, der ist ein vornehmer Mensch, der die gute Meinung der Anderen schon für sich hat; es klingt auch zu merkwürdig, daß ein vornehmer Graf einen armen Juden auf der Straße totschlagen und berauben sollte, ich würd's selber nicht glauben; er mag jenem Schurken ähnlich sehen, aber ich kann mir es nicht denken, daß er's selbst gewesen ist. Also sang Du da mit denen etwas an! Wo aber der Hummel heute bleibt; er wollte doch den Nachmittag herkommen, vielleicht ist er noch gar nicht zurück.“

„Das ist ein braver Mensch“, sagte die Mutter leise, „wenn man ihn nur besser verstehen könnte, aber er hat eine solche Menge von lauderwärschen Worten, daß ich manchmal gar nicht herauskriegen kann, was er will.“

„Ja“, sagte Margarethe, „und mit dem häßlichen Tabakrauch.“ Sumner hat er einen gelben Rand um den Mund, und das ewige Spucken, brrr, mir graut's, wenn ich daran denke. Wie sich ein Mensch nur so etwas häßliches angewöhnen kann, was ihn allen andern Menschen verhaßt machen muß!“

„Ja“, sagte der Vater, „das ist nun einmal so in dem Amerika Mode, und wer's einmal angefangen hat, kann's nicht wieder lassen. Mir gefiel's aber auch nicht und das Rauchen war' jedenfalls reinlicher.“

„Ich glaube, da ging Herr Hummel grad vorbei“, sagte die Frau Handorf, „mir wars, als ob ich ihn eben vor dem Fenster gesehen hätte.“

In demselben Moment knarrte auch die Haustür, und Mr. Hummel, mit dem freundlichsten Gesicht von der Welt, stand in der Tür.

„How do you do, altogether?“ rief er dabei, „glücklich wieder eingetroffen in Rhodenburg! Na, wie geht es denn?“

„Ja, wie soll's gehen, Herr Hummel“, sagte der Meister, indem er aufstand und ihm die Hand reichte, die der „Ame-

Chepar ihr Geheimnis an und gaben sich damit vollständig in die Gewalt der Eheleute, die an die Wäter der neugeborenen Kinder mit Drohungen herantraten und Geld zu erpressen versuchten bei Vermählung eines öffentlichen Standes. Die Mädchen, die in der Waltherschen Familie ihre Entbindung abwarten mußten, fanden alles andere, nur nicht die versprochene liebevolle und freundliche Aufnahme. Vielmehr mußten sie, die vordem an bessere Verhältnisse gewöhnt waren, mit der aus sieben Köpfen bestehenden Waltherschen Familie drei Zimmer teilen und in Gegenwart der Kinder und Eltern der Waltherschen Eheleute ging der Geburtsakt vor sich! An der Ausbeutung der „diskreten Damen“ hat die Ehefrau Walthers sich am meisten beteiligt, sie wurde daher zu neun Monaten Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, während ihr Ehemann mit 50 Mark Geldstrafe davonkam.

Verleitung zum Meineide. Aus Düsseldorf wird berichtet: Der Sergeant Hermann Baumann von der 1. Eskadron des Ulanenregiments Nr. 5 hier selbst, der augenblicklich in Köln eine ihm wegen Mißhandlung von Untergebenen auferlegte dreimonatige Gefängnisstrafe verbüßt, war noch vom Kriegsgerichte am 23. Januar wegen Verleitung zum Meineide zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Degradation, Ausstoßung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Gegen dieses Erkenntnis hatten sowohl der Gerichtsherr wie der Verurteilte aus entgegengesetzten Gründen Berufung eingelegt, sodas sich das Oberkriegsgericht mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Die ihm zur Last gelegte Straftat hat der Sergeant begangen, nachdem er sich anlässlich einer Garnisonsübung am 19. November als Patrouillenführer fälschlich betrunken und in einer späteren Verhandlung vor dem Standgerichte des Ulanen Regiments von seiner Eskadron zu einer fälschlichen Aussage (selbst wenn man ihm das Messer an die Kehle lege) dahin bestimmt hatte, das bei dem Patrouillenritte kein Schnaps getrunken worden, sondern Braumann infolge körperlicher Schmerzen vom Pferde gefallen sei. Wolter ist zwischenzeitlich wegen Meineids mit 5 Monaten Gefängnis bestraft worden. Wie in der ersten Verhandlung, so bestritt auch im jetzigen Termin Baumann, der bereits eine 9jährige Dienstzeit hinter sich hat, jede Schuld; selbst den kleinsten Zeugnisaussagen legte er Zeugnis entgegen. Die zweite Instanz hob das Urteil des Kriegsgerichts auf und erkannte auf 18 Monate Gefängnis und Degradation.

Ein Panaminio in Hessen. Ueber die von uns schon berichtete „Affäre Joug“ wird noch geschrieben: In der zweiten Kammer des hessischen Landtags antwortete der Finanzminister Gsamt auf die Anfrage, ob ihm über das Verhalten des Abg. Joug etwas bekannt sei u. a.: Für die Rheinbahn Bagbag-Gesellschaft sei zurzeit ein Staatszuschuß von 200000 Mk. pro Kilometer bewilligt worden, insgesamt 285000 Mk. Vor Erteilung der Konzession sei dem Finanzministerium bei Prüfung der Sachlage die Höhe der Kosten für Vorbereitungen angeschlossen. Abg. Joug als Vorstand der Eisenbahn Gesellschaft erklärte damals, die Kosten seien durchaus nicht zu hoch, eher zu niedrig bemessen. Die weiteren Nachforschungen ergaben, das in dieser Summe auch 33000 Mk. für Kanalarbeit enthalten waren und das von der Unternehmung in a. Lenz u. Co. in Berlin am 30. April 1902 tatsächlich dieser Betrag an den Abg. Joug ausbezahlt worden ist. Die Firma habe sich aber auf Anfrage dahin geäußert, das es ihr gleichgültig sein könne, auf welche Weise Joug die Obligationen bei den interessierten Gemeinden unterbrachte: die Papiere seien ihm einfach zum Kurs von 94 Prozent übergeben worden. Finanzminister Gsamt schloß seine Rede mit der Erklärung, das er die Affäre noch weiter aufzuklären beabsichtige. Der Abg. Joug sagte sich zu rechtfertigen. Er habe sich, seitdem er Abgeordneter sei, nur das Bestmögliche des Bahnbau eifrig bemüht und nicht die geringste Last auf die Bauarbeiten gelegt. Er habe durch die Auszahlung der Provision nicht gehandelt, was sich seiner Lieberzeugung nach nicht vereinbaren lasse mit seiner Stellung als Abgeordneter. Andere Abgeordnete, die in der Kammer lebhaft die Tatsachen der Sachverhalte verteidigten, verteidigten doch auch durch ihre Beziehungen zu landwirtschaftlichen Organisationen! — Die

weitere Besprechung wurde ausgesetzt, bis die Regierung antwort auf die Interpellation gedruckt vorliegt.

Aus einer kleinen Garnison. Der in Saarburg in Garnison stehende jugendliche Leutnant Kellermeister von der Landt vom Feldartillerie-Regiment Nr. 15 hat die Gattin eines Oberleutnants entführt. Das Paar soll sich nach Paris gewandt haben. Die Entführung ist Mutter eines siebenjährigen Kindes. Leutnant Kellermeister von der Landt sollte vom 1. März ab zur einjährigen Dienstleistung beim Fußaren-Regiment Nr. 17 in Braunschweig kommandiert werden.

Woher kommt das Wort Kackbälger! Graf Vellefrem rügte in der Sitzung vom 20. Februar den Ausdruck „Kackbälger“ mit den Worten: „Hier sind doch keine Kackb.“ Aber Kackbälger hat, wie der „Post“ geschrieben wird, mit den Streitigkeiten von Kack nichts zu tun. Kackbälger waren zur Zeit der Kanakente Soldaten, die, mit zweihändigen, langen Schwertern bewaffnet, vor der Lanzenlinie des hellen Hauses kämpften und die Aufgabe hatten, ihren nachfolgenden Leuten in der geschlossenen Lanzenwehr des Feindes Platz zu machen. Ebenso verfuhr natürlich auch der Gegner. So kam es vor dem allgemeinen Kampfe zu Einzelskämpfen, die durch das Wort Kackbälger bezeichnet werden. Der Kackbälger ist ein Mensch, der seinen Balg, d. h. seine Haut billig wie ein Katzenfell verkauft hat. Da sein Geschäft der Zweikampf war, so ist sich herumhauen übertragenweise Kackbälger oder auch balgen genannt worden.

Briefkästen mit elektrischer Klingel wird demnächst Paris bekommen. Es ist dies eine Folge der überhandnehmenden Diebstähle von Briefen aus den Sammelkästen. Die Klingel soll jedesmal ertönen, so oft an der den Schlüssel verdeckenden beweglichen Platte gerührt wird. In diesem Falle jedoch nur einen Augenblick — so lange eben die Platte in die Höhe ist — während in dem Falle, als jemand sich andauernd mit dem Kasten zu tun macht, die Klingel auch andauernd ertönen und die Postanten auf die verdächtigen Manipulationen aufmerksam machen würde.

Ein zweiter Kältepol der Erde. Seit langem hat man die Umgebung der sibirischen Ortichasi Berchojansk mit einer Minimumtemperatur von fast 69,8 Grad unter Null für den Kältepol der Erde gehalten. Jetzt erfährt man aus den Berichten des russischen Naturforschers, das einige Teile der Doppelinsel Nowaja Semja durch ein mindestens ebenso kaltes Klima ausgezeichnet sind, so das man sie als einen zweiten Kältepol der Erde zu bezeichnen hätte. Bei einem Ausfluge, den der Küstler in der beide Hauptinseln trennenden Meerestraße Matoschkin-Scharr unternahm, fand er eine Kälte, und in dieser zwei Thermometer, ein Maximum- und ein Minimumthermometer, nach der Firmenbezeichnung beide österreichischen Ursprungs. Vermutlich gehören diese Instrumente einst dem österreichischen Geologen Hoyer, der die Meerenge im Jahre 1872 besuchte. Der Fund hatte einen gewissen Wert, weil die Angaben der Thermometer wahrscheinlich die höchste und niedrigste Temperatur anzeigten, die seit 30 Jahre in jenem Gebiete erreicht wurden. Das Maximumthermometer war auf 15 Grad über, das Minimumthermometer auf 70 Grad unter dem Gefrierpunkte eingestellt, und damit hat also Berchojansk einen Konkurrenten in Nowaja Semja erhalten.

Ständesamtliche Nachrichten vom 21. bis 27. Februar 1904.

Geburten.
a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
16. Februar. Arbeiter J. L. B. Köhler. 17. Kellner G. R. G. J. Glorius. Maschinist H. P. G. Staben. Kontorbote J. L. Stolte. 18. Schneider E. W. Wollenstein. Fuhrmann J. F. Rittich. 19. Maschinist A. G. Wilden. Zimmermann G. H. B. Metelmann. Bildhauer G. H. Löbke. 20. Bergmeister J. G. Chr. Pfath. Techniker G. H. B. Meins. Bureaugehülfe L. H. A. Schwioger. 21. Tischler G. B. J. Schmidt. Tischler G. F. Chr. G. Alwardt. 22. Bureauvorsteher der Handelskammer Chr. F. G. Hamann. Arbeiter H. M. Diehl. Fuhrmann G. J. D. Bohahof. Arbeiter L. Sabrowski. 23. Barbier

Chr. G. U. Becker. 26. Schutzmann M. H. Werner. Oberfeuermann H. G. W. Behrens. 27. Feuermann G. G. H. Kamen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
12. Februar. Rechtsanwält W. Bogler. 14. Arbeiter J. G. J. Dunkelmann. 16. Maler J. Weidenfeller. Maurer G. J. G. Heering. 17. Schlosser C. F. Ch. Bornhörd. 18. Arbeiter G. Röder. Eisenbahn-Wagenschieber J. G. W. Sager. 19. Tapezier und Dekorateur Fr. U. Hennig. Weichensteller J. H. J. Carsten. Maler Fr. J. Schimmelbusch. 20. Privatmann J. G. F. Naevede. Bürstenmacher G. E. J. Frode. 21. Schutzmann G. Ed. Wolter. Arbeiter U. F. Ding. Träger G. J. G. Böttcher. Arbeiter G. A. C. Krüger. Kesselschmied Chr. W. B. Dertel. 22. Kontorbote G. H. G. Dittmann. Drechsler W. R. G. F. Schröder. 23. Kontorbote F. G. Chr. Wiedke. Arbeiter W. A. Chr. Berlin. 24. Fischer J. G. B. Bollert (Waggenbusch). 25. Brauereiarbeiter W. G. J. Dittmann. 26. Zimmermann G. O. Böhsch.

Esterbefälle.
20. Februar. U. Nidmann, 7 M. 21. G. G. E. Weisel, 1 J. 10 M. Photograph D. H. G. Helbig, 29 J. 22. Maurer J. F. Strauß, 56 J. 11 M. J. F. M. J. Schmoor, 34 J. (Trens). U. C. G. geb. Fröb. Ehefrau des Gießers G. C. A. Lindenberg, 88 J. G. L. Passom, 1 J. 4 M. 23. F. G. G. M. geb. Krenzien, Ehefrau des Gastwirts J. C. Barner gen. Westendorf, 57 J. Restaurateur J. F. W. Kelling, 61 J. W. Meins, 3 T. W. F. L. Tzscharsch, 18 J. 24. J. B. G. Nunge, 11 J. Minna J. Elisabeth, 16 J. 25. Schneider J. C. F. Lietgen, 38 J. Hofbesitzer J. P. van de Sandt, 72 J. (Weslow). Schlachter W. G. F. Helms, 61 J. J. F. M. D. geb. Dreyel, verw. Eckhoff, Ehefrau des Maschinenarbeiters G. F. Sperling, 48 J. (Trensstamp). 26. Handlungsgehülfe J. G. W. Fied, 25 J. Arbeiter J. G. Grabbert, 45 J. J. G. M. Mohr, 20 J. Chr. G. D. geb. Wenf. Witwe des Arbeiters J. G. Fering, vorher verw. Wohlers, 84 J. G. G. M. geb. Bishau, Ehefrau des Privatmannes J. F. J. Bagt, 76 J. 27. U. C. W. geb. Schau, Witwe des Privatmannes J. G. F. Brasch, 73 J. Privatmann Th. G. Evers, 78 J. G. M. geb. Köhler, Witwe des Arbeiters J. J. Wittfoot, 75 J.]

Angewandte Aufgebote.
23. Februar. Eisendreher J. Hudalowsky und Chr. D. M. Palm. Arbeiter F. J. Neuter und U. D. B. Schmidt. Maurer G. Chr. F. A. Schlichting und F. M. Schröder. Restaurateur H. G. L. Griesbach und G. M. M. Rankau. Arbeiter G. J. B. Metelsdorf zu Groß-Mist und Witwe G. C. M. C. Duisau geb. Hülsmann. Versicherungsbeamter J. R. Borang und M. D. M. Schulz zu Weimar, 24. Maschinist G. J. G. Lembke und W. G. F. Weidmann gen. Köhler. Klempnermeister F. L. G. Richter und die gesch. Ehefrau Ch. B. M. Bluhm, geb. Schwaan. Brotträger G. L. Ohde und G. C. J. A. Bott. Techniker G. H. A. Schlichting und K. J. C. Wagener zu Holzminden. 25. Bäckergehilfe U. C. W. Rosendahl und U. C. D. Polent zu Sniffau. Lehrer W. J. Chr. Habermann zu Hamburg und U. J. C. Blundt. Kontorist G. Th. Praetorius zu Hamburg und J. Wulf. 26. königlich Bayerischer Hauptzollamtsassistent H. Chr. Kraus und G. F. Brand. Fabrikant U. G. König und M. A. J. Meyer. Tischlergehilfe U. C. Stoltenberg zu Kiel und G. M. M. Köehl. 27. Bisefelmebel des Infanterie-Regiments Nr. 83 R. M. Schwaner zu Cassel und M. C. M. H. Hamm.

Scheitlerung.
23. Februar. Sekretär der Handwerkskammer Dr. phil. M. F. P. Schulz zu St. Johann und R. U. M. Döbel. Buchhalter G. F. W. Mebius und U. A. C. Meit. Maurer J. F. W. Gords und C. M. E. Schulz. 26. Handlungsgehülfe L. Wolfsheld zu Berlin und D. Wumenthal. Vorzeichner G. F. R. Lindner und L. D. Höppler zu Stodellsdorf. 27. Schlosser J. W. G. Weiburg und M. C. D. G. M. Utermühl. Hausdiener G. F. A. Will und M. Gerlich zu Brandenburg. Trichinenschauer G. G. C. Raehding und U. Ohme. Expedient G. C. Chr. Möller und G. Chr. M. Schmitt.

Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 1. März.
Der Schweinehandel verlief ruhig. Zuführt wurden 3700 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verlandtschweine, schwere 45—46 Mt., leichte 44—45 Mt., Sauen 40—45 Mt. und Ferkel 40—44 Mt. pro 100 Pfund.

„Aber, Herr Hummel, Sie lassen ja heute gar keinen Trank?“
„No, miss,“ sagte Hummel, indem er sie von der Seite anblinzelte — „I'm done with.“
„Was?“ fragte Gretchen.
„Ich habe es mir abgewöhnt,“ sagte Hummel.
„Wirklich?“ rief Margarete, und man sah ihr an, das sie sich darüber freute. „Aber wie ist das eigentlich gekommen?“
„Ja, ich's Sie,“ meinte Hummel — und er wurde ein wenig verlegen dabei — „erlich hat mich the old woman — meine Mutter wollt ich sagen — auch schon ein paar Mal gebeten gehabt, ich möcht's stoppen, und dann — dann meinet Sie auch neulich es wäre so hässlich und Sie würden mir einen Husband nehmen, der ischnitte (to chew, kauen).“
„Was?“ fragte Gretchen, welcher der Kopf von all' den fremden Worten würdte. „Ich verstehe ja gar nicht, was Sie meinen!“
„Aa,“ wiederholte Mr. Hummel und wurde dabei farnrot, „ich dachte, Sie hätten damals gesagt, das Tschu, — des Kauen wäre hässlich.“
„Ja, gewiß.“
„Und Sie würden mir einen Mann nehmen, der kante.“
„Ist war es an Margarete, rot zu werden. — „Ja, da hat er Recht,“ sagte sie verlegen der Mutter zu, „das hab ich auch gesagt und ich weinst's auch so; es paßt sich hier nicht in Deutschland, und Ihre Mutter ist eine ganz kluge Frau, weil sie auch darum gebeten hat, das Sie das Kauen lassen.“
„Das ist ja,“ rief Hummel, „und eine gute, brave Frau dazu, und ich will Gott danken, wenn ich sie erst einmal auf meinem eigenen property sitzen habe und sie pflegen kann!“
„Und wenn wollen Sie wieder fort?“ fragte die Frau Gabelst.
„Well, wissen Sie,“ sagte Hummel, „es kommt mir so

nicht drauf an, das ich mich auf einen bestimmten Schlemmer verlassen hätte, wenn ich auch noch einen andern abwartete. Krügen Sie nur Ihren Sohn indessen a going, das er Alles fertig hat, wenn es fortgehen soll, und glauben Sie mir, Mister Gendorf, ich wäre der Letzte, der Ihrem Sohne zu-redebte, auszuwandern, wenn ich nicht wüßte, das es ihm bräuen gut gehe und er was Tüchtiges vor sich bringen würde.“
„Ich glaub's Ihnen, Herr Hummel, das Sie es ehrlich und rechtchaffen mit dem armen Jungen meinen, und was ich dazu beitragen kann, ihn durch die Welt zu bringen und ihn wieder glücklich zu machen, soll gewiß geschehen. Ich sehe auch selber ein, das ihm nichts Anderes übrig bleiben wird, als eben über See zu gehen, denn hier quält und grübelt er sich zu Schanden, während er dort freien Raum für seine Arbeit hat. Was Sie also denken, das er an Geld brauchen wird, das sagen Sie mir; ich bin gerade nicht reich, aber so viel hab' ich doch immer übrig, und wir bringen uns hier schon durch, besonders wenn mir die Sorge nicht mehr am Leben krißt.“
„Hm, ja,“ sagte Mr. Hummel und nickte bill vor sich hin, „das wollen wir schon besorgen und das wird sich Alles schon fixen — aber.“
„Hatten Sie noch ein Bedenken?“ fragte die Mutter.
„Ich?“ rief Hummel ordentlich erschrocken. „Nein, ich wüßte nicht; es war nur — ich wollt sagen — hahaha,“ unterbrach er sich dann, selber laut auflassend, „das kommt davon, wenn man von einer Sache spricht und an eine andere denkt — dann it, ich bin ganz konfus geworden! Aber es wird sich schon Alles machen, I'll fix it, darauf können Sie sich verlassen; wir wollen das schon Alles in Ordnungbringen, ich — ich habe nur noch eine Kleinigkeit für mich selber zu besorgen, ehe ich wieder hinübergehe, und bis jetzt noch immer keine Zeit dafür gehabt.“
(Fortsetzung folgt.)

„Aber, Herr Hummel, Sie lassen ja heute gar keinen Trank?“
„No, miss,“ sagte Hummel, indem er sie von der Seite anblinzelte — „I'm done with.“
„Was?“ fragte Gretchen.
„Ich habe es mir abgewöhnt,“ sagte Hummel.
„Wirklich?“ rief Margarete, und man sah ihr an, das sie sich darüber freute. „Aber wie ist das eigentlich gekommen?“
„Ja, ich's Sie,“ meinte Hummel — und er wurde ein wenig verlegen dabei — „erlich hat mich the old woman — meine Mutter wollt ich sagen — auch schon ein paar Mal gebeten gehabt, ich möcht's stoppen, und dann — dann meinet Sie auch neulich es wäre so hässlich und Sie würden mir einen Husband nehmen, der ischnitte (to chew, kauen).“
„Was?“ fragte Gretchen, welcher der Kopf von all' den fremden Worten würdte. „Ich verstehe ja gar nicht, was Sie meinen!“
„Aa,“ wiederholte Mr. Hummel und wurde dabei farnrot, „ich dachte, Sie hätten damals gesagt, das Tschu, — des Kauen wäre hässlich.“
„Ja, gewiß.“
„Und Sie würden mir einen Mann nehmen, der kante.“
„Ist war es an Margarete, rot zu werden. — „Ja, da hat er Recht,“ sagte sie verlegen der Mutter zu, „das hab ich auch gesagt und ich weinst's auch so; es paßt sich hier nicht in Deutschland, und Ihre Mutter ist eine ganz kluge Frau, weil sie auch darum gebeten hat, das Sie das Kauen lassen.“
„Das ist ja,“ rief Hummel, „und eine gute, brave Frau dazu, und ich will Gott danken, wenn ich sie erst einmal auf meinem eigenen property sitzen habe und sie pflegen kann!“
„Und wenn wollen Sie wieder fort?“ fragte die Frau Gabelst.
„Well, wissen Sie,“ sagte Hummel, „es kommt mir so